

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

„Aus den Tannen“
Farnsprecher
Nr. 11

Preisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat 1.00 M., vierteljährlich 3.00 M., halbjährlich 6.00 M., jährlich 12.00 M. (Postfrei). Einzelhefte 10 Pf. (Postfrei). Anzeigenpreis: Die erste Zeile einer Anzeige kostet 10 Pf., die zweite 8 Pf., die dritte 6 Pf., die vierte 5 Pf., die fünfte 4 Pf., die sechste 3 Pf., die siebte 2 Pf., die achte 1 Pf., die neunte 1 Pf., die zehnte 1 Pf., die elfte 1 Pf., die zwölfte 1 Pf., die dreizehnte 1 Pf., die vierzehnte 1 Pf., die fünfzehnte 1 Pf., die sechzehnte 1 Pf., die siebenzehnte 1 Pf., die achtzehnte 1 Pf., die neunzehnte 1 Pf., die zwanzigste 1 Pf., die einundzwanzigste 1 Pf., die zweiundzwanzigste 1 Pf., die dreiundzwanzigste 1 Pf., die vierundzwanzigste 1 Pf., die fünfundzwanzigste 1 Pf., die sechsundzwanzigste 1 Pf., die siebenundzwanzigste 1 Pf., die achtundzwanzigste 1 Pf., die neunundzwanzigste 1 Pf., die dreißigste 1 Pf., die einunddreißigste 1 Pf., die zweiunddreißigste 1 Pf., die dreiunddreißigste 1 Pf., die vierunddreißigste 1 Pf., die fünfunddreißigste 1 Pf., die sechsunddreißigste 1 Pf., die siebenunddreißigste 1 Pf., die achtunddreißigste 1 Pf., die neununddreißigste 1 Pf., die vierzigste 1 Pf., die einundvierzigste 1 Pf., die zweiundvierzigste 1 Pf., die dreiundvierzigste 1 Pf., die vierundvierzigste 1 Pf., die fünfundvierzigste 1 Pf., die sechsundvierzigste 1 Pf., die siebenundvierzigste 1 Pf., die achtundvierzigste 1 Pf., die neunundvierzigste 1 Pf., die fünfzigste 1 Pf., die einundfünfzigste 1 Pf., die zweiundfünfzigste 1 Pf., die dreiundfünfzigste 1 Pf., die vierundfünfzigste 1 Pf., die fünfundfünfzigste 1 Pf., die sechsundfünfzigste 1 Pf., die siebenundfünfzigste 1 Pf., die achtundfünfzigste 1 Pf., die neunundfünfzigste 1 Pf., die sechzigste 1 Pf., die einundsechzigste 1 Pf., die zweiundsechzigste 1 Pf., die dreiundsechzigste 1 Pf., die vierundsechzigste 1 Pf., die fünfundsechzigste 1 Pf., die sechsundsechzigste 1 Pf., die siebenundsechzigste 1 Pf., die achtundsechzigste 1 Pf., die neunundsechzigste 1 Pf., die siebenzigste 1 Pf., die einundsiebzigste 1 Pf., die zweiundsiebzigste 1 Pf., die dreiundsiebzigste 1 Pf., die vierundsiebzigste 1 Pf., die fünfundsiebzigste 1 Pf., die sechsundsiebzigste 1 Pf., die siebenundsiebzigste 1 Pf., die achtundsiebzigste 1 Pf., die neunundsiebzigste 1 Pf., die siebenundachtzigste 1 Pf., die einundsiebenundachtzigste 1 Pf., die zweiundsiebenundachtzigste 1 Pf., die dreiundsiebenundachtzigste 1 Pf., die vierundsiebenundachtzigste 1 Pf., die fünfundsiebenundachtzigste 1 Pf., die sechsundsiebenundachtzigste 1 Pf., die siebenundsiebenundachtzigste 1 Pf., die achtundsiebenundachtzigste 1 Pf., die neunundsiebenundachtzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die einundachtundneunzigste 1 Pf., die zweiundachtundneunzigste 1 Pf., die dreiundachtundneunzigste 1 Pf., die vierundachtundneunzigste 1 Pf., die fünfundachtundneunzigste 1 Pf., die sechsundachtundneunzigste 1 Pf., die siebenundachtundneunzigste 1 Pf., die achtundachtundneunzigste 1 Pf., die neunundachtundneunzigste 1 Pf., die neunzigste 1 Pf., die einundneunzigste 1 Pf., die zweiundneunzigste 1 Pf., die dreiundneunzigste 1 Pf., die vierundneunzigste 1 Pf., die fünfundneunzigste 1 Pf., die sechsundneunzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die achtundneunzigste 1 Pf., die neunundneunzigste 1 Pf., die hundertste 1 Pf., die einhundertste 1 Pf., die zweihundertste 1 Pf., die dreihundertste 1 Pf., die vierhundertste 1 Pf., die fünfhundertste 1 Pf., die sechshundertste 1 Pf., die siebenhundertste 1 Pf., die achthundertste 1 Pf., die neunhundertste 1 Pf., die tausendste 1 Pf.

Nr. 278.

Altensteig, Mittwoch den 21. November.

Jahrgang 1923

Die Sabotage der Reparation.

W. W. Es gibt bekanntlich verschiedene Methoden, wie man gegen eine Aktion kämpfen kann. Entweder geht man mit Wort und Tat dagegen vor oder man schaltet so viele Hemmnisse ein, daß die Aktion im Sande verlaufen muß. Die letztere Methode befolgt Herr Poincaré in der Reparationsfrage. Dessenhalb gibt er sich den Anschein, als erstrebe er mit allen Mitteln möglichst schnell und ergiebig deutsche Zahlungen zum Wiederaufbau der Kriegsrüine; hinten herum aber tut er alles, um diese Zahlungen zu erschweren oder unmöglich zu machen. Nachdem die Regierung schweren Herzens den positiven Widerstand aufgehoben und damit die Bahn für Verhandlungen mit der Gegenseite frei gemacht hatte, erforderte Poincaré die Besart von der vorherigen Wiederherstellung der Lage, wie sie vor dem 11. Januar 1923 (Beginn des Ruhrstreiks) bestanden hat. Natürlich mußte der französische Staatsmann ganz genau, daß die in seinem Auftrage von Tirard und Degoutte getriebene Politik die Wiederherstellung der früheren Lage an Rhein und Ruhr verhinderte. Es ist ihm gelungen, den Beginn materieller Verhandlungen über die Wiederbetriebnahme der westdeutschen Wirtschaft und über die endgültige Lösung des Reparationsproblems um mehrere Wochen hinauszuzögern.

Nachdem schon General Smuts auf der britischen Reichskonferenz in London die Bedeutung der Reparationsfrage auffallend scharf betont hatte, erfuhr die Öffentlichkeit, daß England und Amerika eine Initiative in der Reparationsfrage planten. Poincaré war sofort zur Stelle, um der Entwicklung eine für seine Politik günstige Richtung zu geben. Er machte sich zum Wortführer der Rechte, welche der Reparationskommission aus dem Versailles Vertrag zustehen. Die einzuberufende Sachverständigenkonferenz sollte nur die in der Reparationskommission vertretenen Mächte umfassen und die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands behandeln. Dem Leiter der französischen Politik kam die Auffassung der regierenden Männer in Washington entgegen. Staatssekretär Hughes wollte keine amtlichen Vertreter Amerikas entsenden, sondern nur „angesehene sachverständige Bürger“, und selbst dies nur dann, wenn alle an der Reparationsfrage interessierten Mächte sich an der nach Washington zu entsendenden Einladung beteiligten. Diese Vorbehalte gaben Poincaré neue Möglichkeiten der Sabotage. Er trat mit seinen Londoner Kollegen in langatmige Unterhandlungen über den Text der an Amerika zu richtenden Einladung ein. Er befolgt offenkundig die Politik, die Vorverhandlungen so lange hinauszuzögern, bis in Deutschland die politische, wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe eingetreten ist. Es ist unverständlich, daß man in gewissen Kreisen Deutschlands immer noch an die Möglichkeit einer Verständigung mit unserem Todfeinde Poincaré glaubt. Das einzige Mittel, wie die Reparationsfrage in klaren Gang gebracht und eine unabsehbare Katastrophe für unser Volk vermieden werden kann, ist ein mit schonungsloser Offenheit abgeklärter und in feierlicher Form in die Welt hinaus geschickter Protest gegen eine Politik, welche uns und nach uns eine ganze Anzahl weiterer Völker ins Verderben ziehen muß. Es muß gelingen, der Welt zu beweisen, daß Poincaré unsere Reparationsleistungen, die zum Wiederaufbau der westlichen Kriegszone dienen sollten, für überflüssige militärische Demonstrationen vergeudet hat, und daß er nicht unser Geld, sondern unseren staatlichen und wirtschaftlichen Untergang will.

Botschafterkonferenz und Sanktionen.

Bericht über die Botschafterkonferenz.

Paris, 20. Nov. Folgende halbamtliche Mitteilung wurde am Montag abend ausgegeben: Die Vertreter Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Belgiens in der Botschafterkonferenz haben sich heute nachmittags 6 Uhr im Auswärtigen Amt versammelt. Da jedoch Lord Crewe, der Botschafter Großbritanniens, noch nicht die Anweisungen der englischen Regierung über die vorgelegten Entwürfe erhalten hat, ist die Sitzung auf morgen verlagert worden.

Das Kompromiß der Botschafterkonferenz.

Paris, 20. Nov. Das Kompromiß, das in der Sitzung der Botschafterkonferenz über die Militärkontrolle erzielt wurde, ist auf Vorschlag der fran-

zösischen Regierung in einer gemeinsamen Entschliebung festgelegt worden, die den verschiedenen Regierungen zur Befähigung vorgelegt wird. Erst danach soll der Wortlaut veröffentlicht werden. Ueber die Angelegenheit des Kronprinzen und seine Auslieferung ist keine Einigung zustande gekommen.

Nach einer anderen Meldung aus Paris verlautet, die Grundlage für die Verständigung hätten die von dem englischen Botschafter Lord Crewe vorgelegten Entwürfe zweier Noten an die deutsche Regierung gebildet, worin die eine die Frage des Kronprinzen, die andere die Wiederaufnahme der Militärkontrolle behandelte. Bertinaz schreibt im „Echo de Paris“: 1. die militärische Kontrolle würde in teilweise unterbrochener Form ausgeübt werden, in dem Maße, in dem es der Berliner Regierung möglich erschiene während die verbändlerische Kontrollkommission Auftrag erhielt, sich über die Haltung der Reichsregierung in jedem Falle zu äußern. 2. Verschlebung aller „Sanktionen“, bis der schlechte Wille des Deutschen Reichs von neuem festgestellt sei. Keim gebliebener oder militärischer „Sanktionen“, sondern einfach wirtschaftliche und verwaltungsmäßige, die sich im besetzten Gebiet auswirken würden. In der an die deutsche Regierung gerichtete Note würde von diesen „Sanktionen“ nichts gesagt werden. Der französische Ministerrat hat das Kompromiß gebilligt.

Berlin, 20. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Paris: Grundsätzlich ist man übereingekommen, daß im Augenblick keine „Sanktionen“ gegen Deutschland eingeleitet werden sollen. Die Verbündeten wollen vielmehr zunächst an die Reichsregierung die Frage richten, ob sie die Ausweisung des früheren Kronprinzen beschließen und die Ueberwachung der „Mittlungen“ erleichtern wolle. Würden beide Fragen verneint, dann hätten die Verbündeten Zeit, gemeinsame Beschlüsse zu fassen. Der „Intransigent“ glaubt mitteilen zu können, daß Belgien sich wieder vollkommen an die Seite Frankreichs gestellt habe. Der englische Botschafter hat den Entwurf zweier Noten vorgelegt, die an die Reichsregierung gerichtet werden und deren eine sich auf den Kronprinzen, die andere auf die militärische Ueberwachung bezieht. Der Vertreter Frankreichs hatte jedoch nicht die Vollmacht, ohne Befragung des Ministerrats die vorgeschlagenen vermittelnden Fassungen anzunehmen. Es wurden einige Änderungen besprochen und der Wortlaut nach London, Brüssel und Rom telegraphiert.

Neues vom Tage.

Die Verhandlungen über Weizeneinfuhr.

Berlin, 20. Nov. Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Weizeneinfuhr nach Deutschland, die in den letzten Tagen durch die Anwesenheit von Mitgliedern des Farmer-Bundes in Berlin besonders gefördert wurden, sehen nunmehr vor dem Abschluß. Es ergaben sich Schwierigkeiten dadurch, daß von amerikanischer Seite Preise verlangt wurden, die noch etwas über den Weltmarktpreis liegen und weiterhin besondere Rabatte auf die deutschen Kalkulationen, die als Ausgleich gegeben werden sollen. Doch werden diese Differenzpunkte nicht mehr für so erheblich gehalten, daß sie das endgültige Zustandekommen des Abkommens noch länger hintanhalteten könnten.

Schwierige Beratungen.

Berlin, 20. Nov. Am Montag abend versammelte sich das Reichskabinett zu einer Sitzung, an die sich eine Beratung des Kabinetts mit den Vertretern der durch die Besetzung betroffenen Länder und dem Fünfzehner-Ausschuß der besetzten Gebiete anschloß. Diese Beratungen waren überaus schwierig und zogen sich bis in die zehnte Abendstunde hin, ohne ein greifbares Ergebnis zu haben. Die Ansicht der Reichsregierung, daß sie den besetzten Gebieten ummöglich über den 25. November hinaus finanzielle Hilfe gewähren könne, ließ sich mit der Auffassung des Fünfzehner-Ausschusses, der eine weitere Unterstützung für unbedingt notwendig hielt, nicht vereinigen. Auch darüber, welche finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen dem Ausschuß von der Reichsregierung gegeben werden sollten, konnte kein Einvernehmen erzielt werden. Unter diesen Umständen hielt es ein Teil der Mitglieder des Fünfzehner-Ausschusses für zweckmäßig die Besprechungen mit der Reichsregierung als aus-sichtslos zu beenden und gegen 10 Uhr abends die Beratungen zu verlassen, um sich in das besetzte Gebiet zurückzugeben. Die anderen Vertreter des Rheinlandes und des Ruhrgebiets nahmen die Besprechungen mit dem Kanzler um 11 Uhr abends wieder auf.

Reichsbankpräsident Hakenstein †.

Berlin, 20. Nov. Der Präsident der Reichsbank Dr. Hakenstein ist am Dienstag früh gestorben. Er war am 10. März 1857 geboren. Ein plötzlicher Tod darf als ein Zeichen dafür betrachtet werden, daß die Arbeitslast und Aufregungen aller mit dem Währungsproblem sich beschäftigenden amtlichen Stellen so gewachsen sind, daß sie alle menschlichen Kräfte übersteigen. Hakenstein war von den Linien viel angegriffen worden und jetzt wollte ihm gar die Regierung mit dem sog. Altersgesetz zu Leibe rücken. Als sein Nachfolger wird jetzt schon der Währungskommissar Dr. Schacht genannt, der das Besondere hat, daß die amtlichen Devisenkurse den Auslandsnotierungen angepaßt werden.

Sonderbündler als Eindringler.

Duisburg, 20. Nov. Separatistische Eindringler haben in den letzten Tagen das Duisburger Museum in dem von Separatisten besetzten Rathaus heimlich und die Münzsammlung, zum Teil unerforschliche Werte, gestohlen. Es sind insgesamt acht Münzschaufeln erbrochen und ihres Inhalts beraubt worden. Außerdem wurde eine wertvolle Sammlung aller Taschenuhren und eine Bronzefigur gestohlen. Die mit der Verfolgung der Angelegenheit betrauten deutschen Kriminalpolizisten nahmen fünf Männer und eine Frauensperson, bei denen man annähernd dreihundert Stück der gestohlenen Münzen fand, fest.

Die deutschen Delegierten für Paris.

Berlin, 20. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die deutschen Vertreter, die am Freitag von Reparationskommission gehört werden sollen, am Mittwoch nach Paris abreisen. Die Delegation steht unter Führung des Staatssekretärs Fischer. Es gehören ihr an: Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium von Brandt, Ministerialdirektor Schiffer vom Reichswirtschaftsministerium und Geheimrat Simon vom Auswärtigen Amt.

Beziehungsmahnung!

Mainz, 20. Nov. In den bekannten Festlegungen über die ungeheure Belastung des Rheinlands durch die französisch-belgische Besetzung gefellen sich die im „Echo de Rhin“ veröffentlichten Angaben, wonach für die Angehörigen der französischen Besatzungstruppen im altbesetzten Gebiet allein 36 Volksschulen eingerichtet sind. Rechnet man noch die Zahl der höheren Schulen aller Grade bis zur Universität (Mainz), so ergibt sich ohne weiteres, welchen Schaden der deutsche Unterricht erleidet, da die erwähnten Schulen bekanntlich alle in beschlagnahmten deutschen Schulgebieten untergebracht sind, darüber hinaus noch eine große Anzahl als Kasernen für weiße und farbige Franzosen dienen müssen. In diesem Vorgehen liegt Ekel. Der deutsche Geist soll unterdrückt werden. Am eifrigsten Duzend ihrer Jünger unterzubringen, haben die Franzosen in vielen Fällen Anstalten mit hunderten von Schülern kurzerhand beschlagnahmt.

Englischer Kredit für Deutschland.

London, 20. Nov. Die Reutersagentur teilt mit, daß in London ein Vertrag zwischen einer englischen Finanzgruppe und Vertretern Deutschlands unterzeichnet worden ist, in dem Deutschland von englischer Seite ein Kredit für den Ankauf englischer Kohle für den Betrieb der deutschen Staatseisenbahnen gewährt wird. Der nominelle Wert dieses Vorschusses beträgt 3 Millionen Pfund Sterling, von dem ungefähr 750 000 Pfund Sterling verfügbar seien, was einem Kaufpreis für 500 000 Tonnen Kohlen entspricht. (Im Zusammenhang damit steht wohl die Verpfändung deutscher Braunkohlegruben.)

Amerika als ungeduldiger Gläubiger.

London, 20. Nov. Nach einer Meldung des „Exchange Telegraph“ aus Washington erklärte der Senator Snoot, daß Amerika im Begriffe sei, an das französische Kabinett eine Note zu richten. In dieser Note rege die amerikanische Regierung die Entsendung einer französischen Delegation nach den Vereinigten Staaten an, die damit beauftragt wäre, die Bedingungen der Zahlung der französischen Schuld zu erläutern, oder eine öffentliche Erklärung der französischen Regierung über ihre Absichten wegen der Zahlung dieser Schulden abzugeben.

Die parlamentarische Lage in Berlin.

Berlin, 20. Nov. Vor der heutigen Reichstags-sitzung fanden, den Blättern zufolge, noch einige Beratungen der Fraktionen und eine Sitzung des Kabinetts statt. Es herrscht der Eindruck vor, daß der Reichskanzler den Wunsch habe, möglichst rasch eine klare Entscheidung herbei-

zusühren. Man einigte sich dahin, die Debatte am Donnerstag zu Ende zu bringen, an welchem Tage dann auch die Entscheidung über die drei Mißtrauensvoten fallen werde. Das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten beschloßen, gegen sämtliche Mißtrauensanträge zu stimmen. Sie bringen aber ihrerseits keinen Vertrauensantrag ein, da er keine Aussicht auf Annahme hat. Wie die Blätter übereinstimmend berichten, will sich aber der Reichskanzler mit einem indirekten Vertrauensvotum, das durch Ablehnung der drei Mißtrauensanträge gegeben wäre, nicht begnügen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Nov.

Am Dienstag nachmittag nahm der Reichstag in erster Stunde seine Sitzungen wieder auf. Die Tribünen sind überfüllt; die Bänke der Abg. weisen aber noch große Lücken auf, da zahlreiche Mitglieder noch nicht in Berlin eingetroffen sind.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jarres, Finanzminister Dr. Luther, Arbeitsminister Dr. Bruns.

Präsident Eöde eröffnete die Sitzung um 1.20 Uhr und gedachte des Ablebens des Abg. Höner (Zentr.) und des Reichsbankpräsidenten Havenstein, der 34 Jahre als Leiter der Reichsbank gewirkt habe und nur durch seinen plötzlichen Tod, wie der Präsident ausführte, mitten aus den Konflikten herausgerissen worden ist, in die ihn die letzte Zeit gestellt hatte. Der Präsident teilte weiter mit, daß wegen der Verletzung der Immunität des Abg. Maas (Zentr.), der zweimal unter den Augen der französischen Besatzungsbehörden von sogenannten Separatisten verhaftet wurde (Pulruise), Protest erhoben worden sei. Die französische Regierung habe bisher darauf noch nicht geantwortet. (Hört, hört.) Auch Beschwerden wegen Verletzung der Immunität des Abg. Dr. Moß (D. Sp.) durch die belgischen Besatzungsbehörden sind unbeantwortet geblieben. (Erneutes Hört, hört.) Ein Antrag auf Strafverfolgung des plätschischen Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.) wegen Hochverrat wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Der Vertrag mit der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Arbeitseinkommens wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso die Vorlage zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des deutsch-polnischen vorläufigen Handelsübereinkommens bis zum 31. Mai 1924. Gleichfalls zur Annahme gelangt das deutsch-polnische Abkommen über den privilegierten Durchgangsverkehr zwischen Polnisch-Oberschlesien und dem übrigen Polen durch Deutsch-Oberschlesien.

Die politische Aussprache.

Auf der Tagesordnung steht dann die politische Aussprache.

Abg. Koenen (Komm.) fordert zur Geschäftsordnung, daß zuerst der Reichskanzler das Wort nehmen werde, weil er verantwortlich sei für die Not und das Elend, das im Lande herrscht. Die Massen würden trotz Sabotage auf die Straße gehen und den Reichskanzler mitsamt diesem Hause wegjagen.

Präsident Eöde erklärt, daß geschäftsordnungsmäßig keine Möglichkeit bestehe, dem Reichskanzler vorzuschreiben, wann er das Wort ergreifen solle.

Abg. Koenen (Komm.) beantragt darauf Vertagung der Sitzung. (Große Heiterkeit.) Dieser Antrag wird abgelehnt.

Darauf wird in die allgemeine politische Aussprache eingetreten.

Abg. Wels (Soz.) vertritt die Anschauung, daß das jetzige Kabinett Stresemann eine neue Regierung sei, die ihr Programm entwickeln und das Vertrauen des Reichstags beantragen müsse. Der Redner verurteilte die Abtrennungsbestrebungen und protestierte gegen den Wahnsinn derjenigen, die im Westen ihre Industrieherzogtümer errichten wollten. Ruhr und Ländorff hätten in München offenen Hochverrat bean-

gen. Nur alle diese Ereignisse trage der Reichskanzler die Schuld. Seine Partei könne dieser Regierung kein Vertrauen mehr schenken. Die Rhein- und Ruhrfrage sei für die Sozialdemokratie eine nationale Frage. An eine Preisgabe sei nicht zu denken. Der Industrielle Wöckner habe die Unterstützung der Franzosen für die Einführung des Achtstundentags gesucht. Dagegen erhoben die Sozialdemokraten stürmischen Protest.

Der deutsch-nationale Führer Herget stellte fest, daß der Reichstag wieder einmal vor einer bitteren Entscheidung stehe, heute zum letzten Male vielleicht. Das Marichhaus der Großen Koalition sei zusammengebrochen, der Reichskanzler müsse folgen. Der Redner forderte einen völligen Kurswechsel und verlangte vom Reichskanzler eine unzweideutige Erklärung über die gegenüber den besetzten Gebieten geplante Politik. Nicht eine einseitige deutsch-nationale Regierung, sondern eine nationale Regierung überhaupt müsse gebildet werden. Auch die Arbeiterklasse werde die ihr gebührende Stellung erhalten. Die Regierung müsse das Vertrauen der nationalen Verbände und der nationalen Verbände haben. Durch einen Regierungswechsel müsse dafür gesorgt werden, daß Männer von der Art Rohrs das neue Deutschland, das Deutschland von morgen, bringen. (Beifall rechts.)

Als der Reichskanzler das Wort erhalten sollte, verlangte Abg. Koenen (Komm.) das Wort zur Geschäftsordnung, das ihm vom Präsidenten verweigert wurde. Trotzdem protestierte der Abg. Koenen in erregten Worten dagegen, daß Polizei im Hause sei. Der Abg. Kemmele schlug unter großem Lärm der Kommunisten mit den Fäusten auf das Treppengeländer. Erst nach einigen Minuten gelang es dem Präsidenten, die Ruhe herzustellen. Unter lebhaftem Beifall der übrigen Parteien verließ er den Abg. Kemmele wegen größlicher Verletzung der Ordnung aus dem Saale. Da der Abg. auch einer zweiten und dritten Aufforderung des Präsidenten nicht folgte, vertagte der Präsident die Sitzung auf eine Stunde. Die Abgeordneten blieben noch lange Zeit in Gruppen im Sitzungssaal beisammen und besprachen den Vorgang.

Präsident Eöde eröffnet die zweite Sitzung um 5.20 Uhr.

Der Abg. Dr. Kemmele ist im Saale geblieben und behauptet seinen Platz.

Präsident Eöde gibt eine Erklärung ab: Es sei richtig, daß im Hause Kriminalbeamte der Polizei anwesend waren. Diese sind von mir selbst und zwar seit einigen Monaten in das Haus gestellt worden, seitdem durch eine Anzahl von Zuschriften öffentliche Drohungen gegen Mitglieder der Reichsregierung und auch gegen den Reichstag erhoben worden sind.

Abg. Koenen (Komm.) erhebt zur Geschäftsordnung Einspruch dagegen, daß der Reichstag sich unter Polizeibeherrschung abhalte.

Abg. Wittmann (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion siehe auf dem Standpunkt, daß das Verhalten des Präsidenten absolut korrekt war, nicht weil er ein Mitglied der Fraktion sei, sondern weil er als Präsident genau nach der Geschäftsordnung verfahren sei. Es handle sich um allgemeine Schutzmaßnahmen.

Nach dem Ende der Geschäftsordnungsdebatte richtete Präsident Eöde, der inzwischen von der Anwesenheit des ausgeschlossenen Abg. Kemmele (Komm.) erfahren hatte, die erneute Aufforderung an diesen, den Saal zu verlassen. Da Kemmele jedoch blieb, so schloß Präsident Eöde die Sitzung, ohne daß der Kanzler auf die beiden Reden der großen Oppositionsparteien antworten konnte.

Infolge des preussischen Bußtags bleibt der Mittwoch sitzungsfrei. Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag.

Abg. Kemmele ist durch seine Weigerung, in der neuen Sitzung den Saal zu verlassen, ohne weiteres nach der Geschäftsordnung auf weitere 8 Sitzungstage von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Das lockende Licht.

Roman von Erik Ebenstein.

(29)

(Nachdruck verboten.)

Unruhig, zögernd kommen die Worte heraus. Hans senkt tief auf, dann greift er nach seinem Hut. „So geh' ich halt in Gottes Namen“, murmelt er traurig. „Wenn's Euch gar so arg im Verzen liegt... das sollt ihr mit denken, daß mir was zu viel ist für Euch.“ In seinem Kopf häutet ein bitterer Gedanke, der ihn seit langem nicht verläßt: „War kein Versehen ist nach zwischen mir und den Reinen.“

Drin in der Stube lächeln die beiden Weiber besriedigt. „Gerum kriegt man ihn schon so kleinweis! Und mit der Zeit wird er sich angewöhnen dräben bei der Lois.“

„Gott geb's!“ senkt die Bäuerin.

Stoff nicht weise. „Und wenn nit, nachher muß stank halt auf was anderes denken. Eigentlich ist's nur eine Gutheit von dir, daß du ihn den Herren spielen laßt da. Das Recht — der Schreiber vom Notar in der Stadt drin hat mir's erst deutlich gesagt — das Recht über'm Hof hast du, weil der Gregor doch verschollen ist; wollte der Hans Prozess führen drum, er müßte verlieren!“

Im Kramersladen des Dorfes geht's lustig zu. Auf dem Hühnerhof, der Kartoffeltonne, den Rippen mit Zucker und Spezereiwaren, — überall sitzen die Holzknichte.

Beim Wiesenwint gibt's nur Flaschenbier und sauren Wein, und wenn die Holzleute beim dritten Stampel Kirchengeist angelangt sind, redet er vom „Zusperren müssen.“ Er hat Angst vor betrunkenen Leuten, die beim ersten Streich gleich mit dem Messer bei der Hand sind. Seine Wirtschaft gehört dem Stitt und er muß Rücksicht nehmen auf die Nachbarn.

Da macht sich's bei der Lois, welche die Schnapsflanzung hat, viel gemüthlicher. Unermüdblich säßen sie und der Lehrbau die Mädchen und ein Scherz ist auch erlaubt. Selbst über die frommen Väters. Nur eines hält ihnen

dieses Jahr nicht recht: daß der junge schweigsame Lehnbauer mit seinem verdrossenen Gesicht jeden Abend mittin drin sitzt, seine Pfeife raucht, nicht mitspricht bei ihren Spässen und daß die Lois so viel Geschichten macht mit ihm. Besonders dem schwarzen Seppi, einem baumstarken Burschen, geht das wider den Strich. Er hat früher viel gegolten bei der Kramerin, und als vorm Jahr ihr Mann starb, hat er sich manche Gedanken gemacht, der Seppi —

Immer kann einen die Holzarbeit nicht freuen. Wird man älter, möchte man sich auch zur Ruhe setzen und so ein ruhiges Plätzchen im Kramladen zwischen dem Schnapsfäßchen und der lustigen Lois wäre schon nicht übel.

Jetzt sitzt ein anderer da. Ein finsterner Blick streift Hans, der eben eintritt und von Lois auffallend herzlich begrüßt wird.

Dann lacht Seppi höhnisch auf. „Jezas, Kramerin, was ich dich hab fragen wollen: ist's wahr, daß du dem heiligen Kulan eine extra Kerze hast verehrt?“

Lois wendet sich unverschäm um. „Danketer Bub! Was geht mich der Rübenpatron an? Weißt ganz gut, daß wir keine Rüben bauen.“

„Du mein', ich hab einen Spägen singen hören, der heilige Kulan tät nicht bloß Rüben wachsen lassen, sondern auch Mannskent. Wenn eine recht närrisch aufs Geiraten aus ist, dann...“

„Jetzt sei so gut, Seppi, und halt deinen Mund oder du kannst gleich gehn auf Nimmerwiederschaun!“

„Oho, wär das denn gar so ein Unglück, wenn du dem heiligen Kulan...? Und eine Kerze hat er einmal! Hab's selber gesehen!“

„Wirst mich noch nit in Ruh lassen?“ Sie wendet sich wieder zu Hans. „Siehst, das muß ich mir gefallen lassen als arme Witwe! Wie wenn ich's so eilig hätte... und überhaupt... geh' Hans, du kennst mich doch, sag's ihm, daß ich auch ohne den heiligen Kulan einen Mann kriegen könnte, wenn... na, wenn er mir halt sonst an-hände!“

Aus Stadt und Land.

Allensteig, 21. November 1923.

Arbeitsamt bez. Für das Arbeitsamt Herrenberg, welches die Oberamtsbezirke Herrenberg und Rogolz umfasst, ist nach der Bekanntmachung des Oberamts Herrenberg im Angelegenheit ein vorläufiger Verwaltungsausschuß zu bilden. Wenn die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbindungen sich nicht je auf einen Vorschlag einigen, — diese Einigung wäre auch für das Zusammenarbeiten im Verwaltungsausschuß sehr zu wünschen — so müssen die Arbeitgebervereinigungen die Zahl der von ihren Mitgliedern im Bezirk des Arbeitsamtes beschäftigten Arbeitnehmer, die Arbeitnehmervereinigungen die Zahl ihrer Mitglieder im Bezirk des Arbeitsamtes angeben, da hiernach die Sitze verteilt werden. Für die Bestellung ist die Reihenfolge in den Vorschlagslisten maßgebend. Der vorl. Verwaltungsausschuß hat in erster Linie bei der Anstellung der Sachverständigen für den öffentlichen Arbeitsnachweis mitzuwirken, auf Grund deren dann binnen 6 Monaten der endgültige Verwaltungsausschuß zu bilden ist. Er hat aber bis dahin auch alle anderen dem Verwaltungsausschuß durch das A.R.G. übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Es empfiehlt sich, von vornherein vorzusehen, daß die Mitglieder des vorläufigen Verwaltungsausschusses nach Erziehung der Sachverständigen als Mitglieder des endgültigen bestellt werden können und deshalb schon beim Vorschlag der Mitglieder für den vorläufigen Verwaltungsausschuß darauf bedacht zu sein, daß Männer und Frauen in den Verwaltungsausschuß kommen, die die nötige Zeit und das erforderliche Interesse für den öffentlichen Arbeitsnachweis haben und den bedeutungsvollen und verantwortungsvollen Aufgaben des Verwaltungsausschusses gewachsen sind. Nach dem A.R.G. hat der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises fast dieselbe maßgebende Bedeutung wie bei reinen Selbstverwaltungseinrichtungen (Krankenkassen und dergleichen). Er hat bestimmenden Einfluß 1. auf die gesamte Geschäftsführung und entscheidet auf Beschwerden über diese endgültig; 2. auf die Bestellung der wichtigsten Angestellten; die Anstellungsbehörde ist dabei an seine Vorschläge gebunden; 3. auf den Haushalt des öffentlichen Arbeitsnachweises, den er vorzuschlagen hat. Dazu kommen die bedeutsamen Aufgaben, die die Verordnung vom 15. Oktober 1923 (R.G.B. I. S. 984) dem Verwaltungsausschuß auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge zuweist: Die Entscheidung über die Beschwerden auf diesem Gebiet und die Bestimmung über die Arbeitsleistungen, von denen die Erwerbslosenfürsorge abhängig zu machen ist, und vor allem die Festsetzung der Beiträge, mit denen sich die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer des Bezirks an der Aufbringung der Mittel für den öffentlichen Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge zu beteiligen haben. Wie besonders die zuletzt genannten Aufgaben zeigen, sind die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer auch finanziell stark daran interessiert, daß in den Verwaltungsausschuß Persönlichkeiten kommen, die ein gutes und den Aufwand rechtfertigendes Arbeiten des öffentlichen Arbeitsnachweises gewährleisten.

Der Einfluß der Technischen Röhre in der Reichsdruckerei! Angesichts der großen Zahlungsmittelknappheit und des daraus folgenden Notstandes für Bevölkerung und Wirtschaft hat die Reichsdruckerei die Technische Röhre angefordert, die nach Einsehensordnung des zuständigen Beschäftigten seit Montag, den 12. Nov. zum Notendruck eingesetzt ist. Die Röhre, größtenteils Fachkräfte, deren Zahl sich z. B. auf über 450 beläuft, werden entsprechend dem jeweiligen Bedarf der Reichsdruckerei an Fach- und Hilfspersonal zur Mithilfe bei der Herstellung von Papier- und Zeichenmaterial herangezogen. Der Einfluß hat sich zu erheblichen und reibungslos vollzogen. Die Technische Röhre

Ein wunderbar eindringlicher, ästhetischer, ermunternder Blick trifft den Burschen, dessen Stirn sich jäh darunter verfinstert. Schräger, als vielleicht nötig, sagt der Hans: „Sollt kannst ihm ja selber sagen. Wäp's nit, was mich deine Angelegenheiten angehen.“

Der schwarze Seppi lacht hell auf. „Bravo, Verbärger! Jetzt weißt ein's doch, wie man mit dir dran ist! Dir kann der heilige Kulan nit an. Der leibhaftige Weiberfeind bist!“

Lois ist bleich geworden. Jetzt spielt ein böses Lächeln um ihren breiten Mund, als sie spöttisch hinwirft: „Weileib nit, Seppi, daß er ein Weiberfeind ist! Das ist gar ein Dackmäuserischer, der Hans. Nur daß er halt gern zu nachtschlafender Zeit herumschleicht im Wald, wo ehrebare Weibskent von Rechts wegen ins Haus gehören. Frag ihn nur — wenn der heilige Kulan eine Kerze hat, nachher wird der Hans wohl wissen, von wem die heimlich gestiftet ist worden und — daß dieselbige auch alle Ursache dazu hat!“

Das letzte Wort ist kaum verklungen, so steht Hans schon dicht vor ihr und stößt drohend heraus: „Kramers-Lois, das Wort nimmst zurück, oder...“ seine Hände ballen sich unwillkürlich, der helle Zorn lodert ihm förmlich aus den Augen.

Lois weicht keinen Schritt zurück. — Oder? — fragt sie ruhig. „Wilst mich vielleicht schlagen, weil ich nur wider sage, was alle im Dorf sich erzählen? Schlag zu!“ Da läßt er die Hände sinken und fährt sich über die Stirn. „Von Schlagen ist keine Rede. Aber ich leid's nit, daß du die Rosel schlecht machst.“

„Du mein! Wer macht sie denn schlecht? Ich vielleicht? Gott behüte. Daß sie heimlich mit dir im Wald war dazumal, wie der Brand oben war, hat sie ja selber erzählt. Und wo wär denn nach dem was Schlimmes, wenn sie dich zum Mann haben will? Wirst mir doch kein Späß nit für dich nehmen?“

(Fortsetzung folgt.)

... auch weiterhin in der Lage, bei Reichsdruckerei nach Maßgabe der jeweiligen Anforderungen Sachkräfte zur Verfügung zu stellen. Bemerkenswert ist, daß der Einsatz geistig werden konnte, ohne daß auf die für die Arbeit lebenswichtigen Betriebe Groß-Berlin bestehende Einsatzorganisation zurückgegriffen werden mußte.

Der Defer-Dollar. Das von der deutschen Reichsbank mit Zustimmung des Reichsfinanzministers herausgegebene wertbeständige Geld ist durch Goldanleihe voll gedeckt. Es ist daher ein der Rentenmark gleichwertiges Zahlungsmittel und wird an allen Kassen angenommen. Die Geldscheine bestehen aus gelbem Papier, tragen den Aufdruck „Wertbeständiger Anteilsschein der Schatzanweisungen des deutschen Reiches mit der Unterschrift des Reichsverkehrsministers Defer und sind in 0,42 Mark Gold gleich ein Zehntel Dollar, 1,05 Mark Gold gleich ein Viertel Dollar und 2,10 Mark Gold gleich 1/2 Dollar gefädelt.

Die neuen Telegraphen- und Telephongebühren. Im Telegramm- und Fernsprechverkehr wurden die Gebührensätze vom 15. November an durch Verbilligung von Grundbeiträgen mit dem am Tage der Zahlung geltenden Umrechnungssatz für die Steuermark berechnet. Die wichtigsten Grundbeiträge sind: Im Telegrammverkehr: Ferntelegramme Wortgebühr 0,10 Mark, Drücktelegramme 0,05, für ein Telegramm werden mindestens acht Wörter berechnet; Vorauszahlung der Überstellung (XP) 0,80, abgesetzte Telegrammschriften jährlich 30,00, regelmäßige besondere Zustellung jährlich 30,00. Im Fernsprechverkehr: Ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus 0,10; mindestens werden für einen Hauptanschlusch monatlich angerechnet in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 20 Ortsgespräche, in Ortsnetzen mit mehr als 50 bis einschließlich 1000 Hauptanschlüssen 30 Ortsgespräche, in Ortsnetzen mit mehr als 1000 bis einschließlich 10000 Hauptanschlüssen 40 Ortsgespräche, in Ortsnetzen mit mehr als 10000 Hauptanschlüssen 50 Ortsgespräche. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Km. einschl. 0,10 Mark, bei einer Entfernung von mehr als 5-15 Km. einschl. 0,20 Mark, bei einer Entfernung von mehr als 15-25 Km. einschl. 0,30 Mark, bei einer Entfernung von mehr als 25-50 Km. einschl. 0,60 Mark, bei einer Entfernung von mehr als 50-100 Km. einschl. 0,90 Mark, darüber hinaus für je angefangene 100 Km. mehr 0,30 Mark. Für dringende Gespräche das Dreifache. Vortagsanmeldungen 0,10 Mark, Ausstufungsgebühr 0,10 Mark, Streichungsgebühr für Gespräche 0,10 Mark.

Neue württ. Staatskassenscheine. Das Finanzministerium hat neue Staatskassenscheine zu 10 Billionen Mark ausgegeben vom gleichen Ausmaß, wie die Scheine zu 100 Ma Mark.

Neuenbürg, 20. Nov. (Mordversuch.) Der 24 Jahre alte verheiratete Kaufmann und Schlosser Richard Jäck von Conweiler hat unweit der Hohenburg bei Neuenbürg die Marie Schöntaler, mit der er ein nicht ohne Folgen geliebtes Verhältnis hatte, beseitigen wollen. Sie war Verkäuferin in einem Lebensmittelgeschäft von Neuenbürg und kamte gleichfalls von Conweiler. Er lockte sie an den Tatort und überfiel sie dort. Sie wurde bewußtlos und schwer verwundet aufgefunden. Das Mädchen wurde ins Neuenbürg Krankenhaus geschafft und ist jetzt außer Lebensgefahr. Der Täter ist verhaftet und hat ein Geständnis abgelegt.

Stuttgart, 20. Nov. (Die steigende Teuerung.) Die Stuttgarter Lebenshaltungsziffer berechnete sich für Montag, 19. November, einschließlich Verringerung auf 6754,627, gegen 15321,86 am 12. November; ohne Verringerung auf 6735,771, gegenüber 1488,667 am 12. November. Die Steigerung betrug also innerhalb acht Tagen 353 Prozent.

ep. Evang. Kirchengesangvereine. Bei einer Mitgliederversammlung des Evang. Kirchengesangsvereins wurde Musikdirektor Götz-Lübigen an Stelle des kürzlich verstorbenen Dekan Werner-Beigheim zum Vorsitzenden und Stadtpfarrer Lang-Calu als neues Ausschussmitglied gewählt.

Der erste Schnee. In den Morgenstunden ist in Stuttgart der erste Schnee dieses Winters gefallen, der aber nicht lange liegen blieb.

Ein schwerer Junge. Der vielfach vorbestrafte 25 Jahre alte Hilfsarbeiter Friedrich Bollmer von Gerabronn hat in einer Altkleiderkammer auf Zivilrevolver geschossen und konnte damals festgenommen werden.

Bei einem Einbruch in die Schlafstelle eines ledigen Bädergehilfen in Stuttgart hatte er 600 Mark in Goldstücken erbeutet; bei seiner Festnahme hatte er noch erhebliche Mittel im Besitz. Die Kriminalpolizei hat nun festgestellt, daß Bollmer in Stuttgart 22 schwere Diebstähle in Geschäftshäusern und Kellern und in den Landgerichtsbezirken Heilbronn und Ellwangen in 19 Fällen Einbrüche in Bauernhäusern und Wirtschaften begangen und in Heilbronn bei Göppingen einen schweren Raub verübt hat.

Waldbad, 20. Nov. (Elektrizitätswerk.) Um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, hat die Nachbargemeinde Calmbach trotz der schwierigen Zeiten den Bau eines Elektrizitätswerkes beschlossen. Mit den Arbeiten soll allbald begonnen werden.

Hall, 20. Nov. (Um die Saline.) Gerüchteleise verlautet, daß, wie die Saline in Rottweil auch die Haller Saline wegen veralteter technischer Einrichtungen und stöckenden Salzabfahes im kommenden Frühjahr stillgelegt werden soll.

Reizlosen, 20. Nov. (Bräuterei.) Als das mit 100 Rentieren Reiment beladene

Ladungs des Abfahens Reichs Posten die Straße passierte, brach diese zusammen. Der Chauffeur konnte sich retten. Auch das Auto wurde nicht wesentlich beschädigt, dagegen ist der Reiment, der gegen Kartoffeln ausgetauscht werden sollte, verloren. Da die Brücke schon länger schadhaft war, ist die Gemeinde ersatzpflichtig und muß auf Grund gültiger Vereinbarung 100 Jtr. Kartoffeln liefern.

Schwein; an den, 20. Nov. (Kirche neue.) Weihbischof Dr. Sproll, ein Sohn der hiesigen Gemeinde, hat das neue Gotteshaus eingeweiht.

Gochsheim (bei Bretten), 20. Nov. (Der Ermordete.) Der von unbekanntem Täter niedergeschlagene 47jährige Straßenmann Friedrich Groß ist am Samstag seinen schweren Verletzungen erlegen. Am Sonntag wurde die Leiche des Ermordeten vom Gerichtsarzt sezirt und am Montag nachmittag beerdigt.

Heidelberg, 20. Nov. (Besprechung demokratischer Vertreter.) Hier waren am Samstag Vertreter der deutschen demokratischen Partei aus Süddeutschland versammelt zur Fortsetzung der Besprechung, die vor 14 Tagen in Stuttgart stattgefunden hat. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die in Heidelberg versammelten Vertreter der Deutschen demokratischen Partei in Süddeutschland erwarten von der Reichsregierung, daß sie alles tut, um die besetzten Gebiete beim Reiche zu erhalten. Dem Fortbestand der Reichseinheit muß die Reichsregierung ihre gesamte Politik unterordnen. Die süddeutschen Länder, die für den Reichsgedanken immer besonders eingetretten sind, haben auch eine besondere Aufgabe um die Wahrung der nationalen Einheit. Dies legt eine Zusammenfassung der süddeutschen Kräfte nahe, die auch aus Wirtschafts-, Finanz- und Verwaltungs-echen Gründen wünschenswert ist.“

Landesammlung für die Heimatnothilfe.

Die gegenwärtig im Gang befindliche Landesammlung für die Heimatnothilfe macht gute Fortschritte. Bei der Zentraleitung für Wohltätigkeit sind bis jetzt eingezogen bzw. angemeldet in Papiermark rund 1000 Millionen, in Goldmark 10891, in ausländischen Zahlungsmitteln 2724 Dollar, 635 holländische Gulden, 110 franz. Franken, 15 Schweizer Franken, 105 dän. Kronen, 13 schwed. Kronen. An Lebensmitteln wurden insgesamt eingeliefert 107 Jtr. Kartoffeln, 19 1/2 Jtr. Mehl und Getreide und 4 Jtr. Gemüse. Angemeldet sind 200 Jtr. Leinwand, 50 Jtr. Korntrank, 150 Jtr. Kartoffeln usw. Mehrere württ. Textilfabrikanen haben wertvolle Stoffe geliefert. Von Lederfabrikanten wurden Stiefel und Leder zur Verfügung gestellt. Was bei den einzelnen Bezirkswohltätigkeitsvereinen an Geld und Waren eingegangen ist, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, ist aber jedenfalls auch sehr beträchtlich. In der Verkaufsstelle für den notleidenden Mittelstand in Stuttgart sind täglich an einem einzigen Tag innerhalb drei Stunden Gegenstände im Wert von 456 Billionen verkauft worden. Wie viel Armut, Not und Elend verbirgt sich hinter diesen Bismar!

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Ausgabe von Rentenmark an Industrie und Großhandel. Am Samstag ist von der Reichsbank mit der Ausgabe von Rentenmarkbeträgen auch an Handelsorganisationen und Industrieunternehmen begonnen worden. An den Lebensmittelgroßhandel ist ein Betrag von ungefähr 5-6 Millionen Rentenmark zur Ausgabe gelangt.

Rentenmark und Notgeld. In Koblenz begannen Verhandlungen zwischen deutschen Sachverständigen und der Rheinlandkommission, die sich mit der Rentenmark, mit dem rheinischen Notgeld und verschiedenen währungsrechtlichen Fragen beschäftigen.

Das Befinden Dr. Births. Das Befinden des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Birth hat sich gebessert. Die Lebensgefahr ist nunmehr als beseitigt anzusehen.

Die Erhöhung des Notenausgaberechts der Privatbanken. Der Betrag, über den hinaus ohne reichsgesetzliche Genehmigung Noten nicht ausgegeben werden dürfen, wird durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 17. d. M. mit Zustimmung des Reichsrats auf folgende Beträge erhöht: Für die Württembergische Notenbank in Stuttgart 10631,25 Billionen Mark und für die Badische Bank in Mannheim 10631,25 Billionen Mark.

Italien und Spanien. Der König und die Königin von Spanien trafen mit Primo de Rivera in Rom ein. Sie wurden am Bahnhof von dem König und der Königin von Italien, vom Kronprinzen, dem Ministerpräsidenten Mussolini usw. empfangen. Später fand ein Besuch bei dem Papst statt.

Buntes Allerlei.

Das Kino als Verbrecherschule. Im Sommer wurde ein Ehepaar in Heidelberg nachts überfallen, mit Chloroform betäubt und beraubt. Täter waren der 16jährige Sohn der Überfallenen und zwei seiner ungefähr gleichalterigen Freunde. In der Verhandlung vor dem Jugendgericht gab die Jungens an, daß sie wenige Stunden vor der Tat in einem Heidelberger Kino einen Film: „Der unheimliche Gast“ gesehen hatten, der einen ähnlichen Vorgang zeigte. Nach der Vorstellung hätten sie sofort erklärt: „Das ist unser Fall!“ Einer der Jungen nahm sogar ein Beil mit, um, wie er es im Film gesehen, die Opfer, wenn sie Widerstand leisten sollten, durch einen Schlag zu betäuben.

Geständnis auf dem Totenbett. Aus Homburg l. d. Pfalz wird berichtet: Dieser Tage wollte der Lechner von Beckhofen seinen Schwager in Sandbühl besuchen.

am dem Wege nahm er wegen der allgemeinen Unsicherheit eine große Dogge zur Begleitung mit. Unterwegs hielten ihn zwei Männer an, von denen der eine ihn anforderte, sein Geld herzugeben. Der Lechner bezog den Hund auf den Räuber. Der Hund rißte ihn so zu, daß dieser nach dem Krankenhaus in Landstuhl überführt werden mußte, wo sich sein Zustand derzeit verschlechterte, daß er gestorben ist. Noch vor seinem Tod legte er dem Pfarrer das Geständnis ab, daß er im Frühjahr dieses Jahres den Überfall auf die Luise Stöjan an der Sandbühler Straße ausgeführt habe.

Ein starkes Stück. Im Bahnhof Lindau-Rentin hat die österreichische Bahnbehörde eingeschlagen: „Reichsmark werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen.“ Damit hat eine ausländische Behörde im Deutschen Reich die deutsche Reichsmark außer Kurs gesetzt. Höher geht's nimmer!

Handel und Verkehr.

Amst. Berliner Zersenkurs vom Dienstag, 20. Nov.: (Die Notierungen beziehen sich in Milliarden M.)

1 Dollar: Berlin 3,189,500 G., 4,210,500 Br.

1 Goldmark nach dem Berliner Zollarmittelkurs 1 Billion (600 Ma.) Papiermark.

1 Goldmark nach dem Berliner Briefkurs 1,0025 Billionen (600,5 Ma.) Papiermark.

Amsterdam 1560,00 G., 1567,10 Br.
Brüssel 180,525 G., 193,415 Br.
Christiania 608,475 G., 611,525 Br.
Kopenhagen 718,2 G., 721,8 Br.
Stockholm 107,725 G., 1102,75 Br.
Stallen 179,55 G., 180,45 Br.
London 172,5 G., 18,045 Br.
Paris 223,44 G., 224,56 Br.
Schweiz 722,19 G., 725,81 Br.
Spanien 542,64 G., 545,36 Br.
2. 0,058653 G., 0,058947 Br.
Brag 121,695 G., 122,305 Br.
Buenos Aires 1276,8 G., 1283,2 Br.
Goldanleihe 4200 nicht repartiert.
Doll: keine Notierungen.

Wirtschaftszahlen vom Dienstag:

Wertbeständiges Geld
2,10 Goldmark = 2100 Milliarden Papiermark
1,05 " = 1050 " "
0,42 " = 420 " "
0,21 " = 210 " "

Silberanleihepreis (vom 19. Nov. ab) 230 Ma.-fach.
Lebenshaltungsziffer (12. Nov.) 218,5 Ma.-fach.
Lebensmittel (Großhandel 13. Nov.) 242,7 Ma.-fach.
Stuttgarter Index (19. Nov.) 675,52 Ma.
Großhandelsindex (13. Nov.) 1328 Ma.-fach.
Einfuhrwarenindex (13. Nov.) 305 Ma.-fach.

Drei Trillionen Mark Darlehensanleihe. Der Reichsfinanzminister hat beim Reichsrat beantragt, den Höchstbetrag für Darlehensanleihe auf 3 Trillionen Mark festzusetzen.

Amst. Berliner Produktnotierungen vom 20. Nov. Weizen, märk. 200-204, stetig; Roggen, märk. 185 bis 190, mangels Angebot kein Bedarf; Sommergerste, märk. 180-186; Haber, märk. 167-168, in Goldanleihe oder Rentenmark; Weizenmehl 33,5-36,5, fest; Roggenmehl 30,5-32,75, stetig; Kleien 8,40; Vittoriaerbsen 43-52; K. Speiseerbsen 33-40; Pelusulen 17 bis 19; Seradella 1920 20-23; Rapstuden 13,5 bis 14; Trodenschnitzel 8; Torfmelasse 7,5-8; Kartoffelflocken 16,5-17 in Goldanleihe oder Rentenmark.

Stuttgart, 20. Nov. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugetrieben: 25 Ochsen, 8 Bullen, 38 Jungbullen, 55 Jungrinder, 1555 Kühe, 225 Kälber, 34 Schweine, 295 Schafe und 1 Ziege. Unverkauft blieben 40 Kühe. Verkauf des Marktes: lebhaft. Bezahlt wurde in Goldmark nach Multiplikator 1 Goldmark = 1 Billion, für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 62-65, zweite 50-60, Bullen erste 62-65, zweite 48-59, Jungrinder erste 63-66, zweite 58-62, dritte 50-56, Kühe erste 55 bis 60, zweite 40-50, dritte 30-38, Kälber erste 73-75, zweite 68-72, dritte 64-67, Schweine erste 120, zweite 110-116, dritte 100-105, Hammel (geschlachtet) 118-120, Schafe mit Kopf 110-112.

Mannheim, 19. Nov. Dem Schlachtviehmarkt waren zugetrieben: 91 Ochsen, 53 Bullen, 43 Kühe und Rinder, 149 Kälber, 42 Schafe, 233 Schweine. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht (je nach Sorte) in Goldmark: Ochsen 45-87, Bullen 60-80, Kühe und Rinder 40-88, Kälber 70-100, Schafe 60 bis 75. Schweine wurden nicht notiert. Marktverkauf: Großvieh ruhig, nicht geräumt; Kälber mittelmäßig, ausverkauft; Schweine mittelmäßig, kleiner Ueberstand.

Dem Pferdemarkt waren 38 Arbeits- und 25 Schlachtpferde zugeführt. Preis pro Stück: Arbeitspferde 200-260, Schlachtpferde 70-120 Billionen M. Marktverkauf in allen Gattungen ruhig.

Stuttgarter Marktpreise vom 20. Nov. Die Marktpreise bewegten sich auf folgender Linie: Obst: Edeläpfel 60-100 (alles in Milliarden M.), Tafeläpfel 60 bis 100, Schüttel-, Halb- und Rosäpfel 35-50, Tafelbirnen 60-100, Spalierbirnen 100-120. Gemüse: Kraut 3-5, Rotkraut 30-45, Röhrl 24-36, rote Rüben 32-48, gelbe Rüben 18-24, Zwiebeln 60-80, Spinat 70-100, Bodenbohnen 10-12 je das Pfd., Rettiche 10-35, Blumenkohl 40-300, Rosenkohl 20 bis 100, Endivie 12-48, Sellerie 20-70 das Stück. Fett: Margarine 540-680, Rinderfett 720-780, Speisefett 720, geräucherter Speck 1300 das Pfd. Käse: Emmentaler 230, Schweizer 200-220, Tilsiter 114-200, Romadour 140, Backstein 120-126 die 100 Gramm. Sonstiges: Leinwand 330-400, Haferflocken 240, Runkelrübe 360, Erbsen 220, Bohnen 240, Linfen 280-270 das Pfd. Kartoffeln kosteten 3 Goldmark der Zentner.



Letzte Nachrichten.

Einführung der Vollzeitarbeit in Göttingen.

WZB. Stuttgart, 20. Nov. In Göttingen kam es gestern aus Anlaß von Lohnverhandlungen zu einer größeren Demonstration, während die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Rathaus über Lohnfragen verhandelten. Vor dem Rathaus versammelten sich einige tausend Arbeiter, um auf die Verhandlungen einen Druck auszuüben. Die Mitglieder der Verhandlungskommission konnten längere Zeit das Rathaus nicht verlassen. Da weitere Unruhen zu befürchten waren, wurde in der vergangenen Nacht eine Abteilung Staatspolizei nach Göttingen entsandt. Heute Morgen herrschte mit Ausnahme einer kleineren Fackel in allen Betrieben Arbeitsruhe. Einige Leute, die bei der gestrigen Demonstration sich in heftiger Weise hervorgetan, wurden vorläufig festgenommen. Im übrigen ist die Ruhe und Ordnung nicht gestört worden.

Verdächtige Sperrung des Rentenmarkts.

WZB. Berlin, 20. Nov. Der für heute angeordnete Verkauf von Rentenmark durch die Reichsbank wurde aus technischen Gründen ausgesetzt. Nur an den Lebensmittelhandel wurde Rentenmark gegen Ausweis abgegeben. Die Sperre der Ausgabe von Rentenmark gilt nur für heute. Am Donnerstag soll die Rentenmark von der Reichsbank wieder allgemein abgegeben werden.

Die Wirtschaftskonferenz erneut vertagt.

WZB. Paris, 20. Nov. Die Sitzung der Wirtschaftskonferenz, die heute Nachmittag um 5 Uhr beginnen sollte, ist aufs Neue auf morgen vertagt worden. Davaas meldet, daß der englische Botschafter die Instruktionen seiner Regierung noch nicht erhalten habe.

Dem besiegten Gebiet.

WZB. Paris, 20. Nov. Nach einer Davaasmeldung aus Düsseldorf ist Marshall Petain heute Vormittag unerwartet zu einer Inspektionsreise dort eingetroffen.

Wichtige Kämpfe mit Sonderbändlern.

WZB. Köln, 20. Nov. Im Siebengebirge erhielten plündernde Sonderbändler einen bösen Empfang durch den Selbstschutz im Siebengebirge, wobei 130 Sonderbändler getötet worden sein sollen. Schon am vergangenen Dienstag wurden in Nyrindreithbach fünf Sonderbändler aus einem Kraftwagen herausgeholt und erschlagen. Im ganzen Siebengebirge bildete sich inzwischen ein Selbstschutz, dem alle Parteien angehören. Als in Hbort ein im Automobil angekommenes Trupp Sonderbändler wieder plündern wollte, griff der Selbstschutz ein, von dessen Mitallebern ein Mann durch einen Schuß des Autoführers getötet wurde. Ueber

das Schicksal dieser Sonderbändler ist nichts bekannt. Ein zweites Auto mit 30 Sonderbändlern, das dem ersten folgen wollte, kehrte um, wurde aber von dem Hannoverer Selbstschutz aufgehalten. Von 30 Mann wurden 23 erschlagen. Als am Freitag morgen 200 Sonderbändler gegen den Selbstschutz vorgehen wollten, kam es im Honnessee Stadtwald zu stundenlangen Kämpfen, in deren Verlauf 70 Sonderbändler getötet und 50 gefangen genommen wurden.

Die Lage in der Pfalz.

WZB. Mannheim, 20. Nov. Wie wir von der alten Regierung der Pfalz hören, soll die Lage in der Pfalz unter der separatistischen Regierung die gleiche geblieben sein.

Seitens der separatistischen Regierung der Pfalz werde dem Bezirksamt in Ludwigshafen angekündigt, daß in den nächsten Tagen die Besetzung der Stadt Ludwigshafen durch die Separatisten erfolgen soll.

In Birkenfeld sind Spahls eingetroffen, wahrscheinlich als Vorboten der in den nächsten Tagen einziehenden Separatisten. Sonst ist die Lage ruhig. Die von den Nachrichtenagenturen gebrachte Meldung über die Verhaftung des Oberregierungsrates Jakobs bestätigt sich nicht. Er befindet sich nach wie vor auf seinem Posten.

In Kaiserslautern wurde der Landgerichtspräsident Müller von den Separatisten verhaftet, weil er eine auf dem Landgerichtsgebäude gehängte Platte der Separatisten entfernt haben soll. Es wird mit weiteren Ausweisungen von Beamten gerechnet.

Ein englische Zeitungsstimme zum Beschluß der Wirtschaftskonferenz.

WZB. London, 20. Nov. Die „Times“ schreibt zu dem Beschluß der Wirtschaftskonferenz u. a.: Trotz England wurden die französischen Methoden herrschend und bewirkten eine rasche und gefährliche Wandlung in Europa. Es sei beunruhigend, daß die durch den Friedensvertrag geschaffenen kleineren Staaten an die aggressives Politik Frankreichs gebunden seien, daß laut seine Armut verstände, aber ihnen gleichzeitig Kredite in Höhe von 800 Millionen Francs gewährt. Es sei sehr besorgniserregend, daß in Deutschland reaktionäre und militärische Einflüsse Boden gewannen und wenn Worte helfen könnten, so sei England gerne bereit, sich an einer scharfen Warnung an die deutsche Regierung gegen alle Versuche der Umgehung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages zu beteiligen. Deutschland breche aber infolge der hartnäckigen und unversöhnlichen Politik Frankreichs auseinander. Das Ruhrgebiet und das Rheinland fänden bereits vor der politischen und wirtschaftlichen Fortrennung vom Reich. Ihre Bevölkerung werde unter dem Druck der Besetzung und den von irregulären Horden dazu geführt, ihre Interessen Fremden zur Vertretung anzuvertrauen. Das vollziehe sich in einem Gebiet, dessen Mittel-

punkt das von britischen Streitkräften besetzte Köln sei. Das britische Prestige, das britische Vertragsrecht und die britischen Vertragspflichten würden davon tief berührt. England dürfe sich nicht demütig seiner Ausweisung aus Europa unterwerfen.

Die Haltung der belg. Regierung.

WZB. Brüssel, 21. Nov. In der Kammer äußerte sich gestern Außenminister Jaspar noch über die Einsetzung der Sachverständigen und über die englisch-französisch-amerikanischen Verhandlungen, wobei er auf die dauerhaften Bemühungen Belgiens zur Aufrechterhaltung der westeuropäischen Einheit hinwies. Hinsichtlich der Kontrolle über die Bewaffnung Deutschlands sagte er, sie müsse und werde aufrechterhalten werden. Wenn die Reparationsfrage nicht Gegenstand eines Vergleiches für Belgien sein könnte, so könnte die Sicherheit des Landes ebenso wenig Gegenstand eines Vergleiches oder Zugeständnisses sein. In dem Belgischer Zwischenfall bemerkte Jaspar, er werde strenge Sanktionen verlangen. Hinsichtlich der Angelegenheit Grafts habe Belgien dem Deutschen Reich mitgeteilt, daß Belgien, wenn die geschuldete Summe nicht bis zum 25. Nov. gezahlt sei, es sich selbst in den besetzten Gebieten bezahlt machen werde. Die entsprechenden Befehle seien gegeben und würden ausgeführt werden. Zum Schluß forderte der Minister die Kammer auf, eine geschlossene Haltung einzunehmen. — Anschließend sprach der Sozialist Vandervelde, der erklärte, wir stimmen mit der Regierung vollkommen darin überein, daß wir Reparationen erhalten müssen, aber wir sind anderer Meinung, hinsichtlich der zur Erreichung dieses Zieles anzuwendenden Mittel.

Festgenommen.

WZB. Mannheim, 20. Nov. Heute Nacht wurden durch ein starkes Kommando von Gendarmen und Kriminalpolizei in Weinheim an der Bergstraße 30 Arbeiter, Mäulerer und Personen wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen. Gefunden wurden gepulverte Wägen, Handfeuerwaffen und selbstgefertigte Handgranaten. Die Festgenommenen und die Haupttäter sind in der überwiegenden Mehrzahl im Alter von 18 bis 25 Jahren.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Scherfleitung verantwortlich: Ludwig Bant.

Fortgesetzt

nehmen alle Postboten, Postauskletter, Briefträger, sowie die Agenten und Kundträger Bestellungen auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung entgegen.

Aufforderung

an die

Arbeitgeber- u. Arbeitnehmervereinigungen zur Einreichung von Vorschlagslisten für den vorläufigen Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Das Arbeitsministerium hat auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 (R.G.B. S. 657) durch Gesetz vom 31. Oktober 1923 (Staatsgesetz Nr. 256) die Oberamtsbezirke Herrenberg und Nagold als Bezirk für das Arbeitsamt Herrenberg festgelegt und bestimmt, daß die Amtslokalität Herrenberg die Verwaltung des Arbeitsnachweises zu übernehmen hat.

Nunmehr ist für den Arbeitsnachweis ein vorläufiger Verwaltungsausschuß zu bilden.

Zu Weisigen sollen mindestens je 3 Arbeitgeber und Arbeitnehmer — darunter möglichst auch Frauen — bestellt werden; für jeden Weisiger ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die in dem Bezirk des Arbeitsamtes vorhandenen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden deshalb aufgefordert, bis spätestens 28. November 1923 Vorschlagslisten beim Oberamt Herrenberg einzureichen.

Zu Vorschlägen berechtigt sind nur reine Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmer-Vereinigungen, die Parteien eines Tarifvertrages sein können.

Zu Weisigen können nur solche Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestellt werden, die Reichsangehörige, mindestens 24 Jahre alt und seit mindestens 6 Monaten in dem obgenannten Bezirk des Arbeitsamtes wohnhaft oder beschäftigt sind. Eine Darlegung, aus der hervorgeht, daß diese Voraussetzungen bei den einzelnen Vorgesetzten vorliegen, ist den Vorschlägen anzufügen. Den Weisigen können angemessene Tagelöhner und Gehälter der Reiselofer gewährt werden.

Auf die weiteren Mitteilungen hierüber unter den Bezirksnachrichten wird hingewiesen.

Herrenberg, den 16. November 1923.

Oberamt: M. H.

Familien-Kalender für 1924

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung Altensteig.

DIE KURSE

der Börsen von Stuttgart, Berlin, Frankfurt, München und Augsburg, ebenso auch

DIE DEVISEN

der maßgebenden Plätze bringt neben ausführlichen Berichten und Notizen über

DIE MÄRKTE

und Informationen aus der Wirtschaft und über jede weitere Ausbaumöglichkeit für

DEN ABSATZ

regelmäßig in seiner reichhaltigen, zeitgemäß erweiterten Handelszeitung der täglich nach Schluß der Börsen erscheinende

SCHWÄBISCHE MERKUR

STUTT GART

Ertmannswiller.

Ein köstliches
Länferschwein

verkauft
Gottl. Mutschler.

Gefortbena.

Schlachtbock-Freudenstadt Val-
erabronn: Anna Kaiser Be.
geb. Wähleisen, 67 J.
Stuttgart: Albert v. Döppel,
Präsident a. D.

Stuttgart: Hermann Müllen
Rechnungsrat.

Crailsheim: Heint. Wagner,
Gewerbedirektor.

Herrenberg: Joh. Sartorius
Rektor a. D.

Zur
Portoersparnis

eignen sich

Postkarten

großes Format
(auch mit Firmenansdruck)

steil zu haben in der

W. Rieker'schen
Buchdruckerei
Altensteig.

Unser Lager in

Geschäftsbüchern

in allen

gangbaren Lineaturen

empfiehlt bestens

die

W. Rieker'sche Buchhdlg.
Altensteig.

Die Nachzahlung für III. Nov.-Viertel ist den Gehalts-
empfängern am 20. Nov. 23 überwiesen worden.

Staatsrentamt Hirsau

Beuren.



**Langholz-
Verkauf.**

Die Gemeinde bringt am Freitag, den 23. d. Mts., vor-
mittags 10 Uhr

ca. 18,00 Festmeter Langholz

aus Abteilung 3 Eszwald im öffentlichen Aufsteich zum
Verkauf.

Den 20. Nov. 1923.

Gemeinderat.

Fünfsbrunn.

Die Gemeinde verkauft am Samstag, den 24. Nov. d.
J., nachm. 3 Uhr auf dem Rathaus im öffentlichen Auf-
steich

8 St. Tannen mit 19,15 Fm.

Gemeinderat.